

DGB

Deutscher
Gewerkschaftsbund
Baden-Württemberg

BWGERECHT
.jetzt

©Fräulein April/Photocase

**Ausgewählte Befunde zur Situation
von Arbeit und Rente in Baden-Württemberg**

DGB-Rentenreport Baden-Württemberg 2024

Impressum

Autoren:

Kai Burmeister und Jendrik Scholz

Verantwortlich:

DGB-Bezirk Baden-Württemberg,

Willi-Bleicher-Str. 20,

70174 Stuttgart

www.bw.dgb.de

Stuttgart, Frühjahr 2024

Vorwort



Es dauert nicht mehr lange bis zur nächsten Bundestagswahl im Herbst 2025. Und schon heute zeichnen sich die Rente und die künftige Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung als Topthemen ab.

Wenn wir vom DGB mit den Menschen in den Betrieben und auf der Straße sprechen, dauert es nicht lange, bis die Rente zur Sprache kommt. Viele Beschäftigte sorgen sich, ob die Rente später für ein gutes Leben im Alter reichen wird.

Viele Fragen tauchen immer wieder auf:

**„Werde ich mehr bekommen als die Grundrente?“,
„Muss ich im Alter neben der Rente einen Minijob annehmen?“**

oder

„Soll ich mit Aktien privat vorsorgen?“.

Auch medial nimmt die Diskussion um die Rente Fahrt auf. „Hoch mit dem Renteneintrittsalter“ und „Runter mit dem Rentenniveau“, dies ist oft die Kurzfassung der Botschaft vermeintlicher Rentenexperten in den Zeitungen und den abendlichen Talkshows.

Hinter solchen Aussagen stehen keine wissenschaftlichen Erkenntnisse. Vielmehr äußern sich hier einflussreiche Lobbygruppen, die sich aus der solidarischen Finanzierung des Sozialstaats verabschieden wollen. Mit allen negativen Folgen für die Gesellschaft wie steigender Altersarmut und steigender Kosten in der steuerfinanzierten Grundsicherung.

Mit diesem Rentenreport legt der DGB Baden-Württemberg eine aktuelle Zustandsbeschreibung rund um Arbeitsmarkt und Alterssicherung vor. Damit machen wir deutlich, dass Gewerkschaften und DGB sich einmischen werden: Wir sagen: Gute Arbeit! Gute Rente! Jetzt! In der Zukunft!

Vielen Dank an alle, die diesen Report erarbeitet haben.

Vielen Dank an alle Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die sich für einen starken Sozialstaat und für gute Renten einsetzen. Möge dieser Bericht als Unterstützung wirken.

Vielen Dank auch der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg, die uns den Datenzugang ermöglicht hat.

Kai Burmeister
Vorsitzender des DGB Baden-Württemberg

Maren Diebel-Ebers
stv. Vorsitzende DGB-Baden-Württemberg

Inhalt

Impressum	2
1 Einführung	5
2 Befunde zur Qualität der Arbeit, Armut und Existenzsicherung in Baden-Württemberg	6
3 Befunde zur Leistungskraft der gesetzlichen Rentenversicherung in Baden-Württemberg	14
4 Eine sozial gerechte Rentenpolitik ist möglich – Eckpunkte gewerkschaftlicher Rentenpolitik	19
5 Abbildungsverzeichnis	21
6 Literaturverzeichnis	22

Rentenpolitische Diskussionen sind zu oft an bloßen Meinungen und zu selten an tatsächlichen Fakten orientiert. Dieser Rentenreport mit Daten der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg für das Land Baden-Württemberg soll dazu beitragen, diesen Missstand zu überwinden.

Im Mittelpunkt steht daher eine Zustandsbeschreibung rund um die soziale Sicherheit im Alter für den Südwesten.

Entscheidend für die künftige Rentenhöhe ist das Arbeitsleben. Im zweiten Kapitel wird deshalb die allgemeine Entwicklung rund um Erwerbsarbeit, Armut und Existenzsicherung nachgezeichnet.

Der Zuwachs an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung wird genauso wie der Niedriglohnsektor näher untersucht. Auch hier zeigt sich die Bedeutung der Tarifbindung, die höhere Löhne und höhere Rentenanwartschaften ermöglicht.

Im dritten Kapitel werden aktuelle – und alarmierende – Entwicklungen rund um die gesetzliche Rentenversicherung dargestellt, die sich auch aus den im vorangegangenen Kapitel aufgezeigten Dynamiken ergeben:

Männer, die jüngst in Rente gegangen sind, erhalten geringere Rentenzahlungen als diejenigen Versicherten, die schon länger eine Rente beziehen. Auch werden die – immer noch gravierenden – Unterschiede in der Rentenhöhe zwischen Männern und Frauen beschrieben.

Im vierten Kapitel werden schließlich – abgeleitet aus den empirischen Befunden – die Eckpunkte einer solidarischen Rentenpolitik dargestellt: Gewerkschaftliche Alterssicherungspolitik setzt dabei auf mehreren Ebenen an. Sie richtet sich an Politik wie an die Betriebe.

Im Mittelpunkt stehen die Sicherung und Stärkung der gesetzlichen Rente, die mehr denn je durch betriebliche Alterssicherung ergänzt werden muss.

Die Rente muss für alle sicher sein! Wie das gehen kann, wurde bei der Fachkonferenz des DGB, der Gewerkschaft ver.di und des Bündnisses gegen Altersarmut im November 2023 lebhaft diskutiert. Auch zwischen Maika Schollenberger, der stellvertretenden Landesbezirksleiterin von ver.di, und Kai Burmeister, dem Vorsitzenden des DGB Baden-Württemberg.

Copyright: DGB/Luca Gemein



2 | Befunde zur Qualität der Arbeit, Armut und Existenzsicherung in Baden-Württemberg

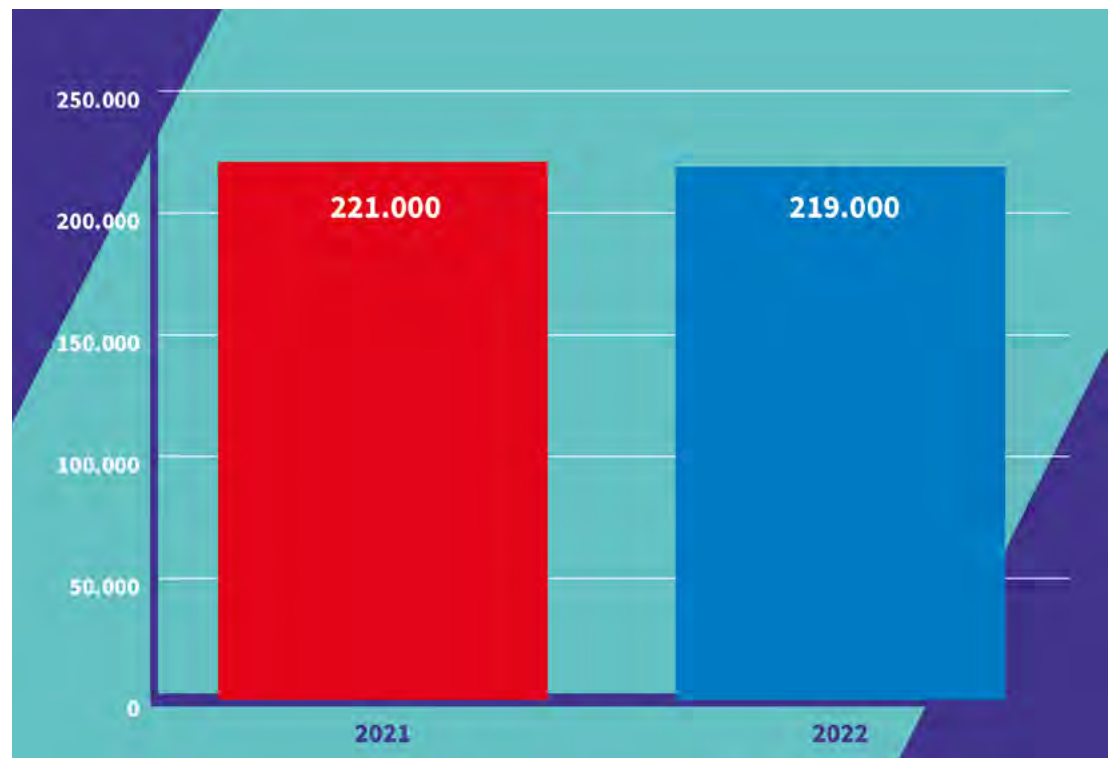
Aus kontinuierlichen Erwerbsbiografien mit im Idealfall hohen Entgelten bzw. langen Beitragszeiten resultieren im deutschen Rentenversicherungssystem, das auf den auf Arbeitseinkommen erhobenen Sozialversicherungsbeiträgen fußt, in der Regel den Lebensstandard auch im Alter absichernde Renten.

Garant dafür sind auch starke Gewerkschaften, Tarifverträge und Betriebs- und Personalräte, die sich in den Betrieben für gesunde, alters- wie alternsgerechte Arbeitsumgebungen einsetzen.

Umgekehrt sind mit diskontinuierlichen Erwerbsbiografien und atypischen Beschäftigungsformen mit Minijobs, Teilzeit oder Befristungen vielfach Niedriglöhne oder fehlend Absicherungen verbunden, so dass spätere Rentenansprüche gemindert werden können.

Anders (2022, S. 40) zufolge seien in Baden-Württemberg im Jahr 2021 22,7 Prozent aller abhängigen Beschäftigungsverhältnis als „atypisch“ zu klassifizieren (Befristung, Teilzeit bis 20 Wochenstunden, Minijob oder Zeitarbeit).

Abb. 1 **Zahl der Soloselbständigen in Baden-Württemberg 2021 und 2022¹**



Die Zahl der Soloselbständigen, die nicht pflichtversichert sind in der gesetzlichen Rentenversicherung und insofern für ihre Alterssicherung selbst verantwortlich sind und keine gesetzlichen Rentenansprüche erwerben, und unter denen viele Scheinselbständige zu vermuten sind, ist mit etwa 220.000 sehr hoch. (Vgl. Abb. 1)

Vielen Soloselbständigen droht im Alter Altersarmut, wenn sie zuvor nicht privat vorgesorgt hatten. Oft sind sie dann auf die Grundsicherung im Alter angewiesen.

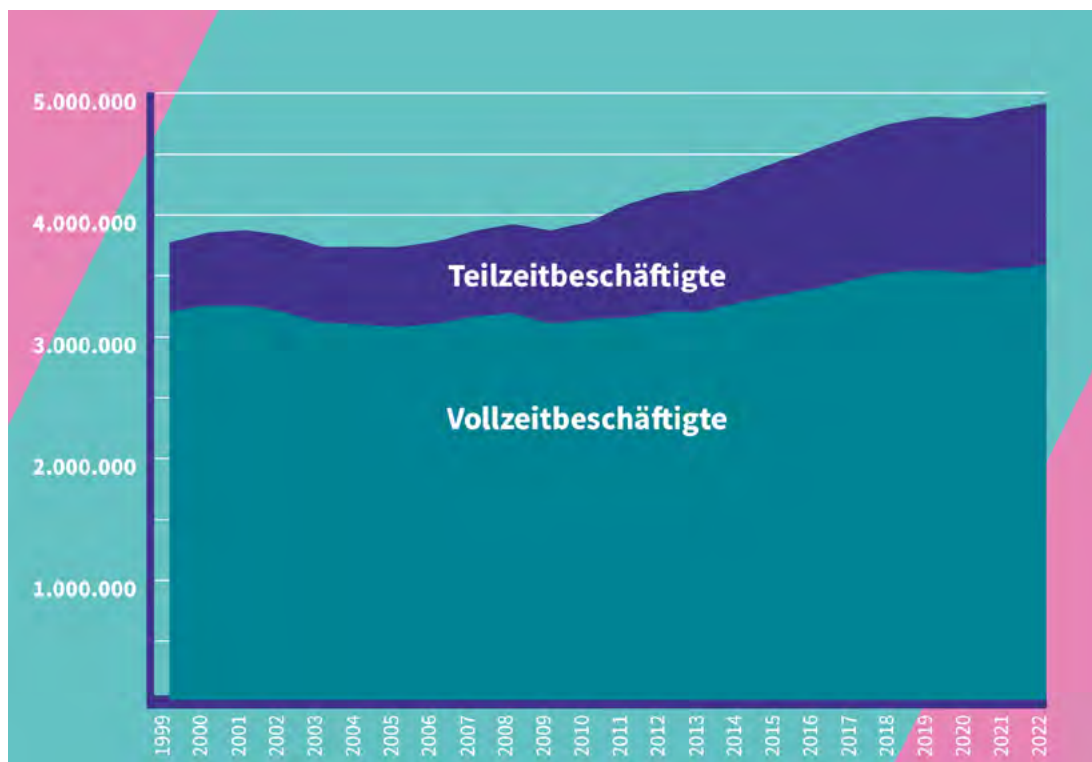
Auch langjährige Teilzeitbeschäftigte, die ggf. im Niedriglohnbereich arbeiteten, werden im Alter,

1 Statistisches Bundesamt (2021-2023): Selbständige ohne Beschäftigte in Baden-Württemberg, Wiesbaden, mit Mikrozensusdaten

wenn sie zuvor keine ausreichend hohen Rentenpunkte erworben hatten, oft mit sehr niedrigen Rentenzahlbeträgen konfrontiert, die dann weder den gewohnten Lebensstandard sichern noch ein Alter in Würde ermöglichen.

Einerseits ist die Beschäftigungsentwicklung in Baden-Württemberg seit Ende der neunziger Jahre sehr positiv, wie Abb. 2 illustriert: Mehr sozialversicherungspflichtige Arbeit stützt u. a. die Rentenversicherung auf ihrer Einnahmeseite und stärkt ihre Leistungsfähigkeit.

Abb. 2 Entwicklung der Zahl der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten in Baden- Württemberg 1999 bis 2022²



Andererseits ist der Jobboom im Südwesten auch auf einen Bedeutungszuwachs der Teilzeitarbeit zurückzuführen (vgl. Abb. 2). Demnach betrug der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten im Jahr 1999 16,3 Prozent, bis er bis zum Jahr 2022 auf 27,2 Prozent anstieg: Immer mehr Beschäftigungsverhältnisse sind keine traditionellen Normalarbeitsverhältnisse in Vollzeit mehr.

Teilzeitarbeit ist erfahrungsgemäß stark weiblich geprägt und korrespondiert oft mit Niedrigverdiensten, so dass private Altersvorsorge mit Anlageprodukten des Finanzmarkts oder der Erwerb von Wohnungseigentum vielen Betroffenen unmöglich ist. Daraus kann später wiederum weibliche Altersarmut resultieren.

Von den ca. 1,3 Mio. Teilzeitbeschäftigten in Baden-Württemberg arbeiten gut 600.000 ausschließlich in einem Minijob (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2023). Aus derartigen geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen resultieren wiederum keine ausreichend hohen Rentenansprüche in der Zukunft. Oftmals müssen Betroffene von Minijobs ihre geringen Verdienste mit staatlichen Grundsicherungsleistungen aufstocken oder sie tragen damit zu einem Familieneinkommen bei.

2 Bundesagentur für Arbeit (2023): Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen (Zeitreihe Quartalszahlen) – Baden-Württemberg, Nürnberg, Daten: Beschäftigungsstatistik/Meldeverfahren zur Sozialversicherung; eigene Berechnungen

Abb. 3 Anteil der befristeten Beschäftigungsverhältnisse an allen neu begonnenen Beschäftigungsverhältnissen bei Männern und Frauen jeweils im vierten Quartal 2019 bis 2022 in Baden-Württemberg³



Bei den Frauen waren im Jahr 2022 39,1 Prozent aller neu begonnenen Beschäftigungsverhältnisse in Baden-Württemberg nur befristet – bei den Männern 36,6 Prozent (vgl. Abb. 3). Paradox: Gleichzeitig klagen Unternehmen über fehlende Fach- bzw. Arbeitskräfte. Sie müssten eigentlich bestrebt sein, Fach- und Arbeitskräfte dauerhaft zu binden statt Arbeitsverträge mit ihnen zu befristen.

Befristungen schädigen auch die demografische Basis der gesetzlichen Rentenversicherung, weil sich Familien in einem beruflichen bzw. persönlichen Klima der Unsicherheit gegen Kinder entscheiden könnten.

105.463 Personen (Männer: 71.793, Frauen: 33.643) arbeiteten Ende Juni 2022 in Baden-Württemberg bei einer Leiharbeitsfirma (2,0 Prozent aller Beschäftigten). (Vgl. Seils 2023)

³ Hans-Böckler-Stiftung (2023): Anteil der befristeten Beschäftigungsverhältnisse an allen jeweils im vierten Quartal begonnenen Beschäftigungsverhältnissen 2019 bis 2022 in Baden-Württemberg, Düsseldorf, Daten: Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit

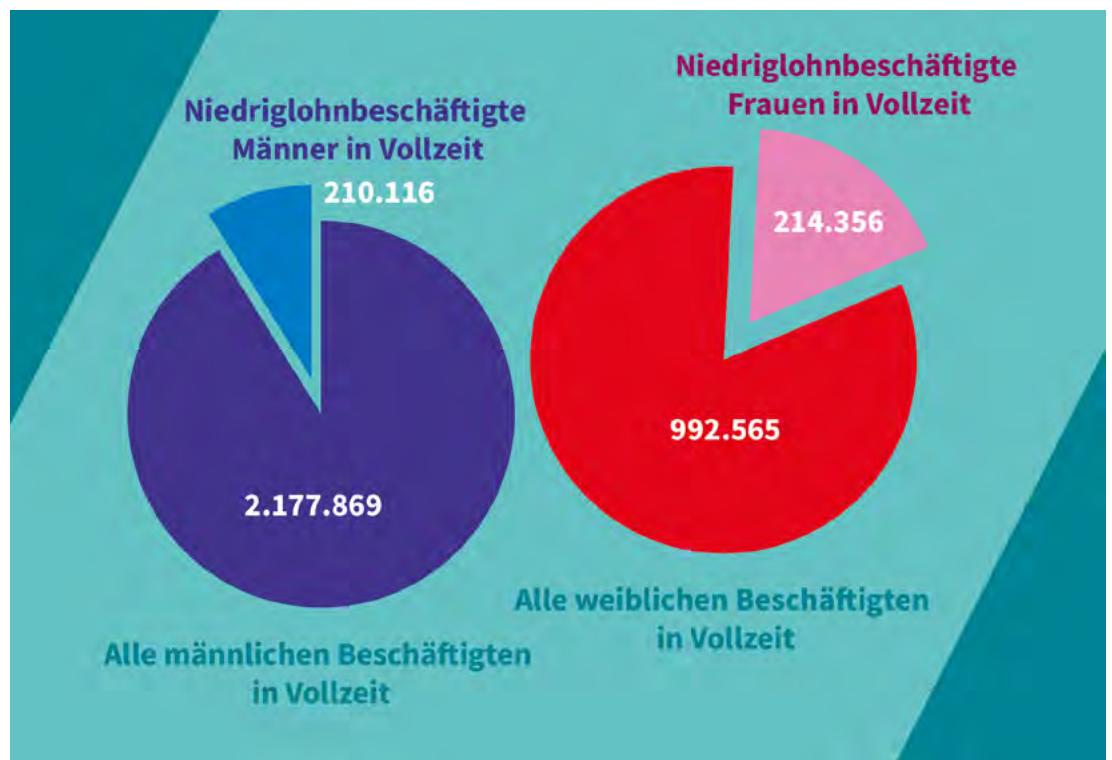
Im Jahr 2018 betrug das monatliche Medianeinkommen in der Leiharbeit 1.994 Euro, während es im selben Jahr insgesamt bei 3.651 Euro lag. Der Einkommensverlust durch die prekäre Erwerbsform der Leiharbeit betrug für die Beschäftigten mithin 1.657 Euro brutto im Monat, so dass (bei dauerhafter Leiharbeit) daraus auch erhebliche Renteneinbußen entstehen können. (Vgl. Seils/Emmler 2021, S. 13)

Die Tarifbindung ist in den letzten 25 Jahren stark gesunken. Nur noch jeder zweite Beschäftigte in Baden-Württemberg arbeitet bei einem Arbeitgeber, der mit einer Gewerkschaft Tarifverträge abgeschlossen hat. Demnach lag die Tarifbindung im Jahr 2000 noch bei 68 Prozent. (Vgl. Lübker / Schulten 2023, S. 26) Das mittlere Bruttomonatsgehalt betrage demnach in Betrieben mit Tarifbindung 4.310 Euro, während es in den tariflosen Betrieben nur 3.630 Euro betrage (S. 27). Der Einkommensverlust wegen fehlender Tarifverträge beträgt mithin 680 Euro brutto im Monat.

Fehlende Tarifverträge verursachen neben diesen Einkommensverlusten für die davon betroffenen Beschäftigten in der Gegenwart auch Rentenverluste in der Zukunft. Der Deutsche Gewerkschaftsbund Baden-Württemberg (2023) beziffert zudem die Mindereinnahmen, die dem Land Baden-Württemberg und den Sozialversicherungen durch Tarifflicht entstehen, auf jährlich zehn Mrd. Euro.

Dem Äquivalenzprinzip in der deutschen Rentenpolitik folgend resultieren aus höheren Löhnen höhere Rentenansprüche und umgekehrt aus niedrigeren Löhnen niedrigere Rentenansprüche. Menschen, die im Niedriglohnssektor arbeiten, sind daher besonders gefährdet, im Alter keine ausreichenden Rentenzahlbeträge zu erreichen.

Abb. 4 **Männer bzw. Frauen mit sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigung im Niedriglohnsektor im Oktober 2022 in Baden-Württemberg⁴**



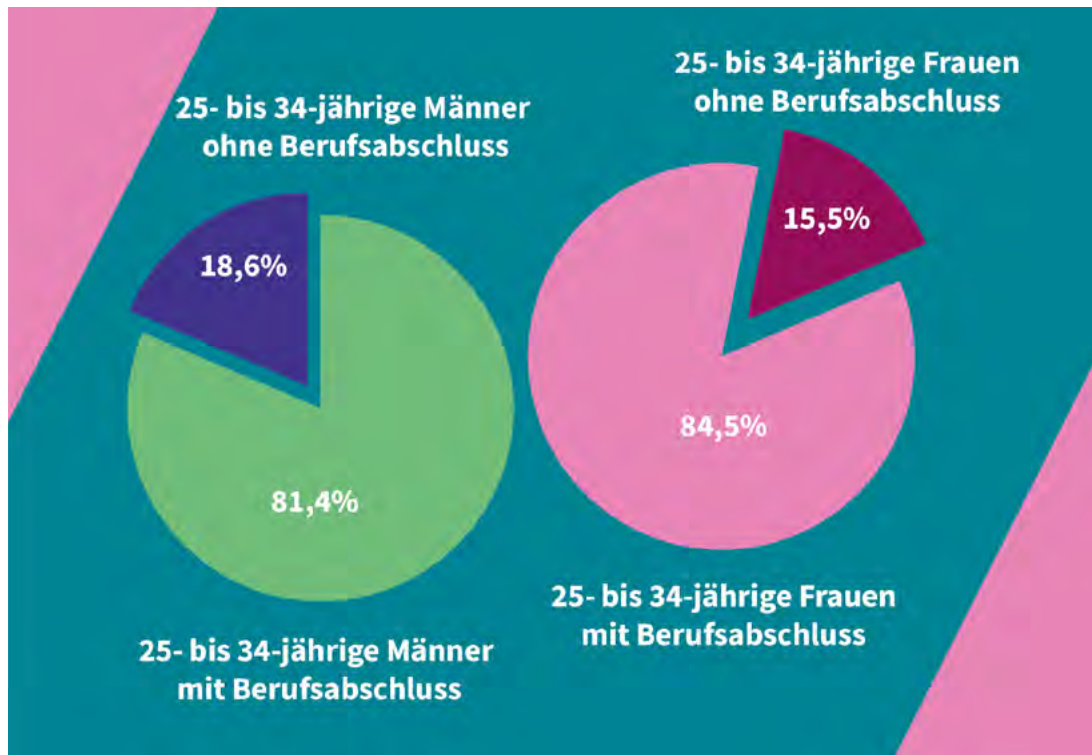
Der Definition des Niedriglohnsektors zufolge beginnt dieser (wenn die Betroffenen Vollzeit arbeiten) bei Entgelten von weniger als zwei Dritteln des mittleren monatlichen Bruttoentgelts. Dieser Wert betrug im Herbst 2022 in Baden-Württemberg 2.344 Euro brutto im Monat. (Vgl. Hans-Böckler-Stiftung 2023)

Demzufolge arbeiteten im Herbst 2022 210.116 Männer und 214.356 Frauen aus dem Südwesten Vollzeit im Niedriglohnsektor. Die Niedriglohnquoten betrugen 9,6 Prozent (bei den Männern) bzw. 21,6 Prozent bei den Frauen.

Langjährige Beschäftigung im Niedriglohnsektor gefährdet die Erreichung von späteren Rentenansprüchen oberhalb des Grundsicherungsniveaus und kann Altersarmut hervorrufen.

⁴ Hans-Böckler-Stiftung (2023): Unterer Schwellenwert des unteren Entgeltbereichs bei Vollzeitbeschäftigten in Höhe von 2.344 Euro Entgeltbereich, Düsseldorf; mit Daten der Arbeitsagentur; Entgelte unter der bundeseinheitlichen (Niedriglohnsektor)

Abb. 5 **Anteil 25- bis 34-jähriger Frauen bzw. Männer ohne Berufsabschluss in Baden-Württemberg im Jahr 2021⁵**



Gelingende Erwerbsbiografien, die auch hinreichend hohe Rentenanwartschaften hervorrufen, fußen in der Regel auf qualifizierter Arbeit. Qualifizierte Arbeit wird wegen ihrer höheren tariflichen Eingruppierungen und höheren Produktivität – in Industrie, Handwerk wie im Dienstleistungsbe- reich - erheblich besser entlohnt als an- oder ungelernete Helfertätigkeiten.

Mit der Transformation der baden-württembergischen Wirtschaft beispielsweise in den Themenfel- dern Elektromobilität, Energiewende, Digitalisierung u. a. gehen wachsende Wissens- und Kompe- tanzanforderungen einher. Diese Entwicklung wird noch beschleunigt durch den allgemeinen Trend zur Höherqualifizierung.

An- und Ungelernte, die besonders häufig in der prekären Arbeit vertreten sind, geraten in diesem Prozess besonders unter Druck, betrieblich den Anschluss, ihren Arbeitsplatz und adäquate Renten- ansprüche zu verlieren.

In der Alterskohorte der 25- bis 34-jährigen ist in Baden-Württemberg fast jeder fünfte Mann (18,6 Prozent) ohne abgeschlossene Berufsausbildung oder Studium. Bei den jungen Frauen sind es immerhin 15,5 Prozent. (Vgl. Abb. 5)

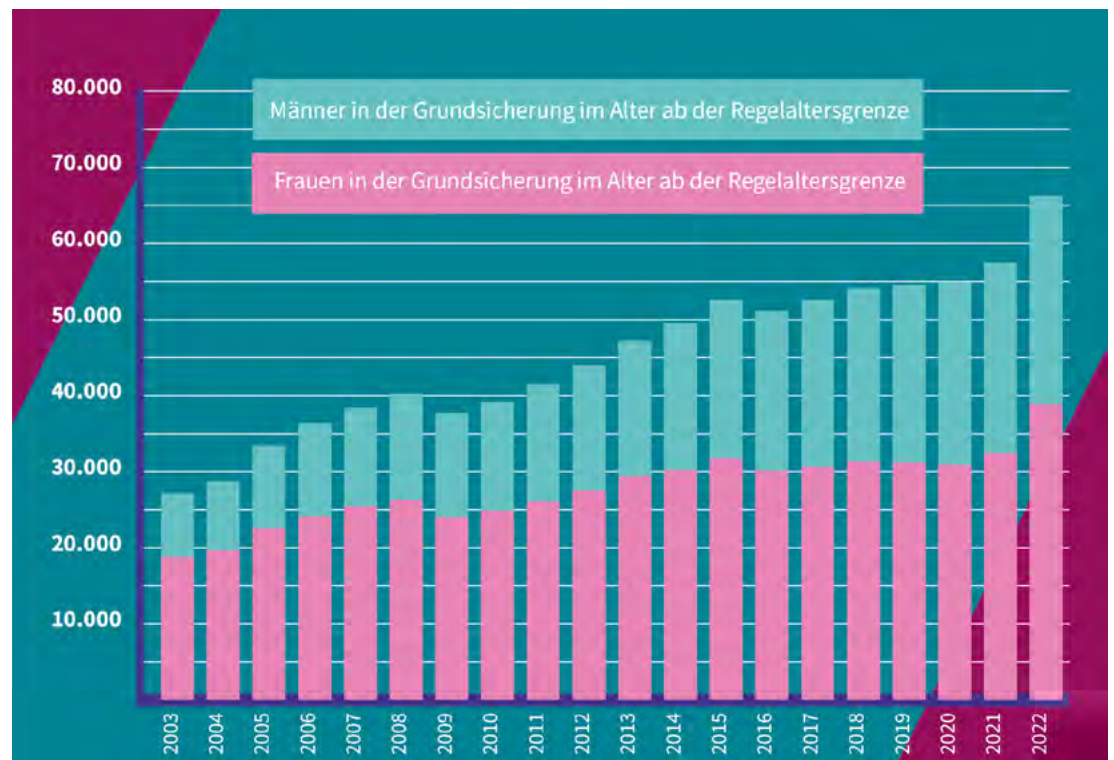
Diese Befunde deuten auch auf erhebliche Versäumnisse in der Bildungspolitik, in der die Grund- lagen für beruflichen Erfolg und sozialen Aufstieg gelegt werden.

5 Bundesinstitut für Berufsbildung (2023): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2023, Tabelle A11.2-2, mit Mikrozensusdaten, Bonn, S. 290

Wenn Zahlbeträge der beitragsfinanzierten Rentenversicherung so niedrig sind, dass diese im Alter nicht zum Leben ausreichen, bestehen ggf. Ansprüche auf die steuerfinanzierte Grundsicherung im Alter, die allerdings – wie alle Fürsorgeleistungen – mit Bedürftigkeitsprüfungen und ggf. dem Einsatz weiterer Einkünfte und/oder Vermögen verbunden ist.

Hohe Fallzahlen im Fürsorge- können auch auf mögliche Defizite im Versicherungssystem hinweisen. D. h. hohe bzw. steigende Fallzahlen in der Grundsicherung im Alter sind eine Herausforderung für die gesetzliche Rentenversicherung, ihre Leistungsfähigkeit in der Alterssicherungspolitik zu erhöhen.

Abb. 6 Entwicklung der Zahl der Frauen und Männer in der Grundsicherung im Alter ab der Regelaltersgrenze in Baden-Württemberg 2003–2022⁶

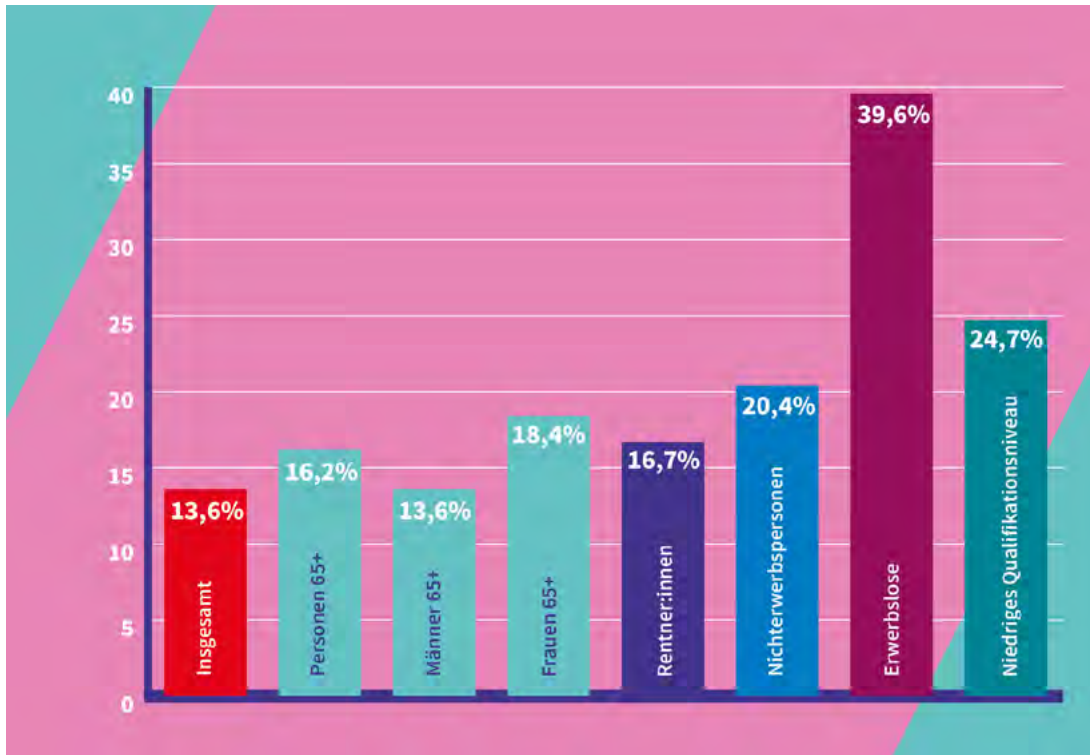


Die Zahl der Grundsicherungsfälle im Alter hat sich in Baden-Württemberg in zwanzig Jahren mehr als verdoppelt (2003: 27.164 Fälle, 2022: 66.290 Fälle). Frauen sind im Grundsicherungsbezug deutlich stärker vertreten als Männer.

Auch der Anteil der Grundsicherungsempfängerinnen oder -empfänger mit Rentenbezug an Altersrentnern ab der Regelaltersgrenze hat sich in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt (2003: 1,0 Prozent, 2022: 2,3 Prozent) (vgl. Deutsche Rentenversicherung 2023a).

⁶ Deutsche Rentenversicherung (2023a): Grundsicherungsfälle im Alter ab Regelaltersgrenze 2003-2022, mit Daten des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg und des Statistischen Bundesamts, Stuttgart

Abb. 7 **Armutsgefährdungsquoten in Baden-Württemberg im Jahr 2022⁷**



Die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote beträgt im Jahr 2022 in Baden-Württemberg 13,6 Prozent (vgl. Abb. 7).

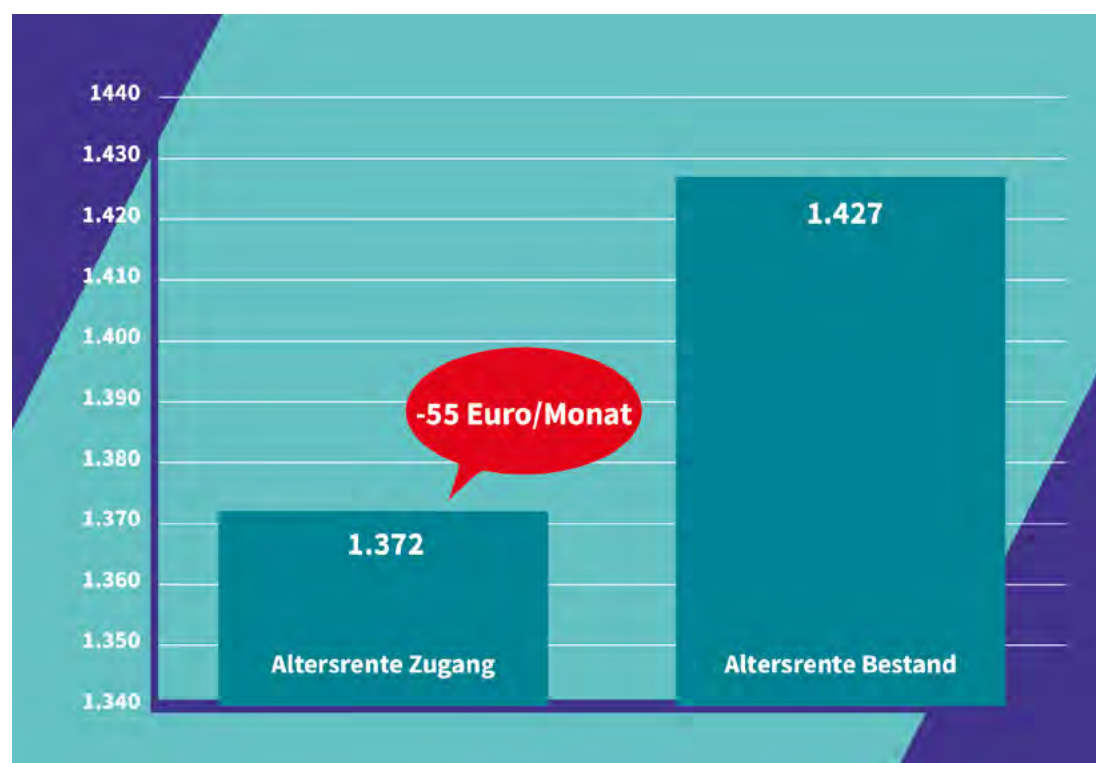
Fast jede fünfte ältere Frau ist von Altersarmut betroffen (18,4 Prozent). Auch Rentnerinnen und Rentner sind mit 16,7 Prozent überdurchschnittlich von Altersarmut betroffen. Dieser Befund deutet darauf hin, dass die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung nicht immer armutsfest sind.

7 Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2023): Armutsgefährdungsquoten - Bundesländer nach soziodemografischen Merkmalen (Bundesmedian), mit Mikrozensusdaten, Wiesbaden; Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Bundesmedians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung

3 | Befunde zur Leistungskraft der gesetzlichen Rentenversicherung in Baden-Württemberg

Ein Vergleich der Höhe des durchschnittlichen Rentenzahlbetrags derjenigen Männer, die erst im letzten Jahr von der Arbeit in die Rente gewechselt sind („Altersrente Zugang“), mit dem durchschnittlichen Rentenzahlbetrag aller Männer („Altersrente Bestand“) ergibt:

Abb. 8 **Altersrentenzahlbeträge der Männer bei Zugangs- bzw. Bestandsrenten in Baden-Württemberg 2022 im Vergleich⁸**



Der durchschnittliche Rentenzahlbetrag der neuen Rentner ist um 55 Euro im Monat niedriger als der durchschnittliche Rentenzahlbetrag aller Rentner in Baden-Württemberg (vgl. Abb.8).

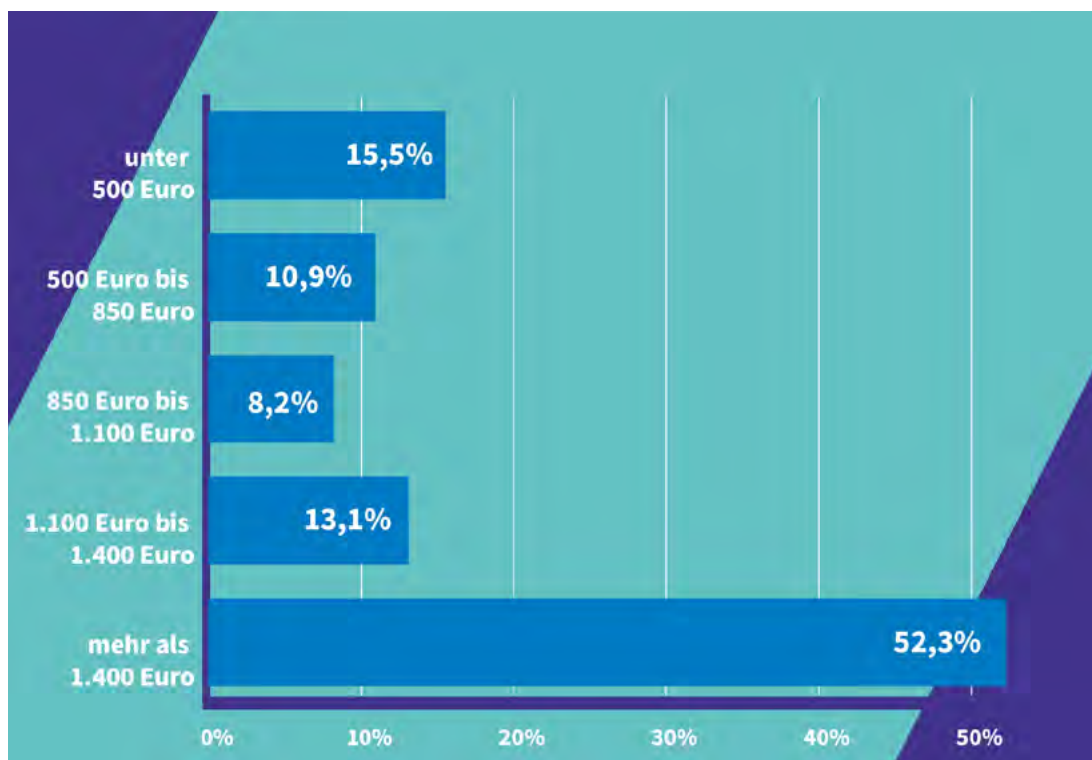
Dieser Befund deutet darauf hin, dass erstens zunehmend Männer mit diskontinuierlichen Erwerbsbiografien mitsamt prekärer Arbeit den Rentenbezug erreichen und zweitens die Folgen der Rentenpolitik der Vergangenheit mitsamt eines sinkenden Rentenniveaus sukzessive sichtbar werden.

Weil Durchschnittswerte wie die in Abb. 8 genannten keine Auskunft geben über die Verteilung der Rentenzahlbeträge unterschiedlicher Höhe, sollen die Altersrentenzahlbeträge der Männer bzw. Frauen beim Rentenzugang klassifiziert werden (vgl. Abb. 9 und 10).

Es wird dabei die Annahme getroffen, dass die Schwelle zwischen Versicherungs- und Fürsorgesystem ungefähr bei 850 Euro liegt, d. h. bei Rentenzahlbeträgen darunter ist ggf. aufstockender Grundversicherungsbezug möglich.

⁸ Deutschen Rentenversicherung (2023b): Rentenzugangsstatisik und Rentenbestandsstatistik; durchschnittliche monatliche Zahlbeträge der Zugangs- wie Bestandsrentenarten in Baden-Württemberg in Euro, Stuttgart

Abb. 9 **Verteilung der Altersrentenzahlbeträge der Männer bei Zugangsrenten im Jahr 2022⁹**



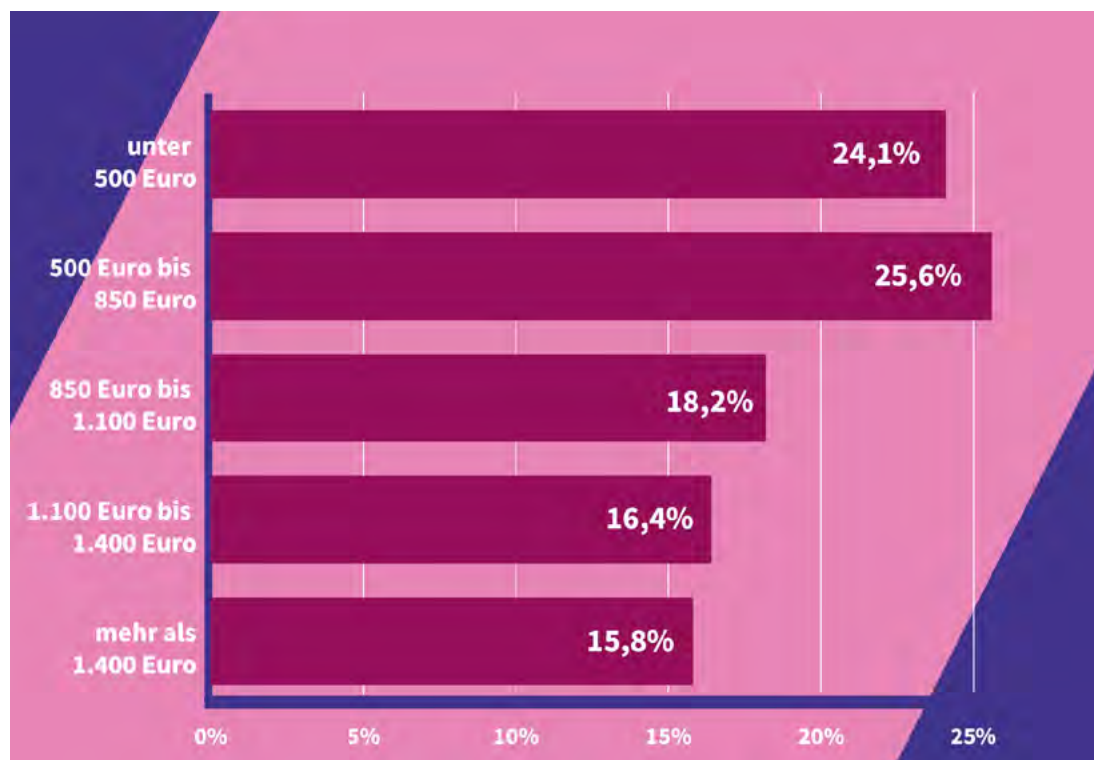
Mehr als die Hälfte aller Männer, die in Baden-Württemberg unlängst in den Rentenbezug gewechselt sind, hat Rentenzahlbeträge von mehr als 1.400 Euro im Monat. Erfahrungsgemäß verfügen viele Personen in dieser Gruppe noch über weitere Einkünfte beispielsweise aus betrieblicher bzw. tariflicher Altersversorgung. (Vgl. Abb. 9)

Allerdings verfügt mehr als ein Viertel der Männer nur über Rentenzahlbeträge, die unterhalb der Grundsicherungsschwelle von etwa 850 Euro liegen. Rentenzahlbeträge unterhalb der Grundsicherungsschwelle sichern in der Regel weder Lebensstandard im Alter noch sind sie armutsfest.

Zudem delegitimieren Rentenzahlbeträge unterhalb des Grundsicherungsniveaus die Sozialversicherungssysteme insgesamt und setzen im Lebensverlauf falsche Anreize, sozialversicherungspflichtige Arbeit zu vermeiden.

9 Deutschen Rentenversicherung (2023b): Rentenzugangstatistik und Rentenbestandsstatistik; durchschnittliche monatliche Zahlbeträge der Zugangs- wie Bestandsrentenarten in Baden-Württemberg in Euro, Stuttgart

Abb. 10 **Verteilung der Altersrentenzahlbeträge der Frauen bei Zugangsrenten im Jahr 2022¹⁰**



Die Verteilungen der Rentenzahlbeträge der Frauen (vgl. Abb.10) bzw. der Männer (vgl. Abb. 9) unterscheiden sich stark:

Mehr als die Hälfte der Frauen, die jüngst erstmals Rente bezogen haben, erhält weniger als 850 Euro im Monat. Dieser Befund korrespondiert auch mit der höheren Beteiligung der Frauen an der Grundversicherung im Alter (vgl. Abb. 6) und höheren Betroffenheit von Altersarmut (vgl. Abb. 7).

Nur 15,8 Prozent der Frauen erhalten eine Rente, die höher ist als 1.400 Euro.

Das durchschnittliche Alter beim Rentenzugang in Baden-Württemberg ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen auf zuletzt 64,38 Jahre (vgl. Abb. 11).

Die gesetzliche Regelaltersgrenze steigt gleichzeitig stufenweise auf 67 Jahre, so dass viele Versicherte erhebliche Rentenabschläge in Kauf nehmen müssen.

Viele abhängig Beschäftigte im Südwesten sind nach einem langen und mit vielen Belastungen verbundenen Arbeitsleben physisch und/oder psychisch nicht in der Lage, bis zur Regelaltersgrenze zu arbeiten.

In der öffentlichen Diskussion plädieren Arbeitgeber meist für längere Lebensarbeitszeiten und ein späteres Renteneintrittsalter. In der betrieblichen Praxis aber – und trotz der von ihnen beklagten Fachkräftemängel – drängen immer noch viele Arbeitgeber leistungsfähige ältere Beschäftigte, das Unternehmen zu verlassen statt in gesundheitsförderliche, alters- wie altersgerechte Arbeitsumgebungen zu investieren. Die Folgen ungesunder Arbeitsbedingungen tragen die Beschäftigten in Form von Rentenabschlägen, die den jeweiligen Rentenanspruch zum Nachteil der Betroffenen dauerhaft reduzieren.

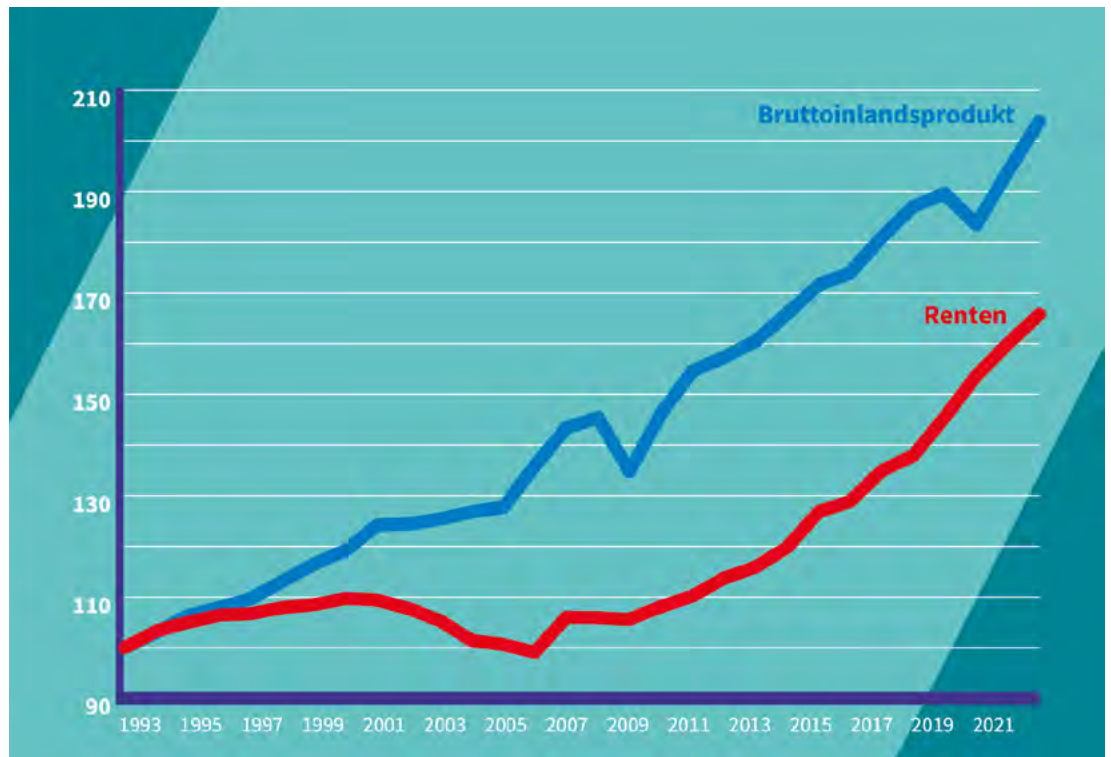
10 Deutschen Rentenversicherung (2023b): Rentenzugangsstatisik und Rentenbestandsstatistik; durchschnittliche monatliche Zahlbeträge der Zugangs- wie Bestandsrentenarten in Baden-Württemberg in Euro, Stuttgart

Abb. 11 **Durchschnittliches Rentenzugangsalter bei Altersrenten in Baden-Württemberg 2000 bis 2022¹¹**



11 Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg (2023c): Sonderauswertung der Rentenzugangsstatisik der Berichtsjahre 2000 bis 2022 für das Bundesland Baden-Württemberg aus dem Statistikportal der DRV Bund, Stuttgart

Abb. 12 **Entwicklung der Renten und des Bruttoinlandsprodukts in Baden-Württemberg 1993 bis 2022 im Vergleich (Index 1993 = 100)**¹²



Wie Abb. 12 zeigt, bleibt die Rentenentwicklung in Baden-Württemberg stark hinter der allgemeinen Wohlstandsentwicklung zurück:

Die Entwicklung der Rentenzahlbeträge ist erheblich schwächer als die des Bruttoinlandsprodukts.

¹² Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg (2023d): Durchschnittliche Rentenzahlbeträge im Rentenzugang Altersrente und Rente wegen Erwerbsminderung für Rentner mit Wohnort in Baden-Württemberg 1991 bis 2022; Stuttgart; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2023): Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro in Baden-Württemberg 1993 bis 2022, Daten: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder und Statistisches Bundesamt, Stuttgart

4 | Eine sozial gerechte Rentenpolitik ist möglich – Eckpunkte gewerkschaftlicher Rentenpolitik

Wenn sich die Dynamiken am Arbeitsmarkt und in der Rentenpolitik wie bisher fortsetzen, dann werden künftig deutlich weniger Menschen in Baden-Württemberg eine ausreichende Rente im Alter beziehen.

Die Ergebnisse dieses Reports nehmen wir zum Anlass, um unseren Anspruch an einen starken Sozialstaat zu untermauern. Der Kurswechsel hin zu einer starken Alterssicherung mag zunächst anspruchsvoll klingen. Wir sind überzeugt: Er ist möglich. Eine sozial gerechte Rentenpolitik ist eine Frage des politischen Willens.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hebt in ihrem im Dezember 2023 vorgestellten Bericht „Pensions at a Glance“ hervor, dass deutsche Rentnerinnen und Rentner im Vergleich niedrigere Ersatzraten als im OECD-Durchschnitt erhalten.¹³

Anders ausgedrückt: Deutschland billigt seinen Rentnerinnen und Rentnern weniger Wohlstand zu, als dies im Durchschnitt der 38 untersuchten Industrienationen der Fall ist. Es sind international nicht nur berühmte einzelne Leuchttürme wie das in rentenpolitischen Diskussionen oft zitierte Österreich, sondern in der Mehrheit der Länder profitieren die Älteren von einer besseren Rente als hierzulande.

Wir plädieren für einen anspruchsvollen Realismus gegenüber der Politik und den Arbeitgeberverbänden in unserer gewerkschaftlichen Sozialpolitik. Wir meinen damit einen engen Zusammenhang von richtiger Forderung und deren Durchsetzung, die die materielle Lage für die heutigen und künftigen Rentnerinnen und Rentner verbessert. Aus guter Arbeit mit hohen Verdiensten und betrieblichen Alterssicherungen aufgrund von Tarifverträgen können Ansprüche folgen, die den gewohnten Lebensstandard im Alter sichern. Umgekehrt können aus prekärer Arbeit im Niedriglohnsektor beispielsweise in Betrieben ohne Tarifbindung und nach diskontinuierlichen Erwerbsbiografien Grundsicherungsbezug und Altersarmut resultieren. D. h. die abnehmende Tarifbindung und der ausgeprägte Niedriglohnsektor stehen dem gewerkschaftlichen Anspruch an ein gutes und verlässliches Rentenniveau entgegen.

Die Politik muss deshalb endlich entschlossen prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie Minijobs zurückdrängen und einen wirksamen Beitrag zur Erhöhung der Tarifbindung leisten u. a. mit verpflichtenden Auflagen gegenüber Behörden, ihre öffentlichen Aufträge ausschließlich an Betriebe zu vergeben, die Tarifverträge für ihre Beschäftigten abgeschlossen haben.

Der gesetzliche Mindestlohn muss zukünftig deutlich steigen und die starke Inflationsentwicklung der vergangenen Jahre ausgleichen. Aus besseren Verdiensten insbesondere in den unteren Einkommensgruppen folgen im Alter auch höhere Rentenansprüche, so dass ggf. Grundsicherungsbezug vermieden werden kann. Dies würde auch Belastungen der öffentlichen Haushalte reduzieren und im Sinne des gewerkschaftlichen Lohnabstandsgebots die richtigen Anreize zugunsten von sozialversicherungspflichtiger Arbeit setzen.

Der DGB hat sich gegenüber der Politik erfolgreich für eine Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent eingesetzt. Zur Vermeidung von Altersarmut und zur Lebensstandardsicherung im Alter muss das Rentenniveau auf 50 Prozent angehoben werden. Die Renten müssen wie die Löhne steigen. Parallel dazu ist die Stärkung und Verbreiterung der arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Alterssicherung erforderlich. (Vgl. IG Metall Baden-Württemberg 2024)

Nicht durch berufsständische Versorgungswerke abgesicherte Selbständige sollen verpflichtend in die Gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Dies würde die Einnahmeseite der Rentenversicherung stärken und verbreitern und zugleich besonders ehemalige Soloselbständige im Alter wirksam vor Altersarmut schützen.

Der DGB Baden-Württemberg wird im Rahmen seiner Kampagne [bwgerecht.jetzt](#) bis zur Bundestagswahl im Herbst 2025 gegenüber Politik und Öffentlichkeit für gute Renten und ein Alter in Würde werben. Um erfolgreich zu sein, wird der DGB Baden-Württemberg dazu wieder den Schulterschluss mit weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren wie den Wohlfahrts- und Sozialverbänden suchen und sich aktiv in das breite Bündnis gegen Altersarmut und die Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg einbringen.

¹³ FAZ, 14.12.2023: „Deutsche Renten niedriger als der OECD-Schnitt“

Gewerkschaftliche Beteiligung an der sozialen Selbstverwaltung in der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg

Die soziale Selbstverwaltung ist ein Kennzeichen unseres Sozialstaats. In Vertreterversammlung und Vorstand sorgen Versicherten- und Arbeitgebervertreter für einen Interessenausgleich.

Der paritätischen Beitragsfinanzierung folgt die paritätische Sitzverteilung beider Gruppen.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter bestimmen als Versichertenvertreter mit, wofür und wie Beiträge verwendet werden. Ein wichtiges Thema ist die Verbesserung von Prävention und Rehabilitation.

120 ehrenamtliche Versichertenberaterinnen und -berater tragen in Baden-Württemberg eine betriebs- und ortsnahe wie kollegiale Beratung. Sie geben dem Sozialstaat ein Gesicht. In den Widerspruchsausschüssen arbeiten weitere 60 Versicherte ehrenamtlich mit, und sie sind damit auch Garanten der Rechtsstaatlichkeit.

Kontakt: Jendrik Scholz, jendrik.scholz@dgb.de

5 | Abbildungsverzeichnis

Abb. 1 Zahl der Soloselbständigen in Baden-Württemberg 2021 und 2022

Abb. 2 Entwicklung der Zahl der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten in Baden-Württemberg 1999 bis 2022

Abb. 3 Anteil der befristeten Beschäftigungsverhältnisse an allen neu begonnenen Beschäftigungsverhältnissen bei Männern und Frauen jeweils im vierten Quartal 2019 bis 2022 in Baden-Württemberg

Abb. 4 Prozentualer Anteil der Männer bzw. Frauen in sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigung mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs bei Vollzeitbeschäftigten in Höhe 2.344 Euro (Niedriglohnbereich) an allen vollzeitbeschäftigten Männern bzw. Frauen im Oktober 2022 in Baden-Württemberg

Abb. 5 Anteil 25- bis 34-jähriger Frauen bzw. Männer ohne Berufsabschluss in Baden-Württemberg im Jahr 2021

Abb. 6 Entwicklung der Zahl der Frauen und Männer in der Grundsicherung im Alter ab der Regelaltersgrenze in Baden-Württemberg 2003-2022

Abb. 7 Armutsgefährdungsquoten in Baden-Württemberg im Jahr 2022

Abb. 8 Altersrentenzahlbeträge der Männer bei Zugangs- bzw. Bestandsrenten in Baden-Württemberg 2022 im Vergleich

Abb. 9 Verteilung der Altersrentenzahlbeträge der Männer bei Zugangsrenten im Jahr 2022

Abb. 10 Verteilung der Altersrentenzahlbeträge der Frauen bei Zugangsrenten im Jahr 2022

Abb. 11 Durchschnittliches Rentenzugangsalter bei Altersrenten in Baden-Württemberg

Abb. 12 Entwicklung der Renten und des Bruttoinlandsprodukts in Baden-Württemberg 1993 bis 2022 im Vergleich (Index 1993 = 100)

6 | Literaturverzeichnis

- Anders, Carsten (2022): Sozialdemografische Muster atypischer Beschäftigung, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2022, S. 39-45
- Bundesagentur für Arbeit (2023): Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen (Zeitreihe Quartalszahlen) - Baden-Württemberg, Nürnberg, Daten: Beschäftigungsstatistik/Meldeverfahren zur Sozialversicherung; eigene Berechnungen
- Deutsche Rentenversicherung (2023a): Grundsicherungsfälle im Alter ab Regelaltersgrenze 2003-2022, mit Daten des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg und des Statistischen Bundesamts, Stuttgart
- Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg (2023c): Sonderauswertung der Rentenzugangstatistik der Berichtsjahre 2000 bis 2022 für das Bundesland Baden-Württemberg aus dem Statistikportal der DRV Bund, Stuttgart
- Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg (2023d): Durchschnittliche Rentenzahlbeträge im Rentenzugang Altersrente und Rente wegen Erwerbsminderung für Rentner mit Wohnort in Baden-Württemberg 1991 bis 2022
- Deutschen Rentenversicherung (2023b): Rentenzugangstatistik und Rentenbestandsstatistik; durchschnittliche monatliche Zahlbeträge der Zugangs- wie Bestandsrentenarten in Baden-Württemberg in Euro, Stuttgart
- Deutscher Gewerkschaftsbund Baden-Württemberg (2023): DGB startet Kampagne für mehr Tarifbindung, Pressemitteilung vom 6.11.2023, Stuttgart; mit Daten der Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamtes
- Hans-Böckler-Stiftung (2023): Arbeitsmarkt im Wandel - Unterer Entgeltbereich, Düsseldorf; mit Daten der Arbeitsagentur
- IG Metall Baden-Württemberg (2024): Für ein gutes Leben auch in der Rente – Abschlussbericht 2023 Sozialpartnermodell, Stuttgart
- Lübker, Malte / Schulten, Thorsten (2019-2023): Tarifbindung in den Bundesländern - Entwicklungslinien und Auswirkungen auf die Beschäftigten, Düsseldorf; mit Daten aus dem IAB-Betriebspanel
- Seils, Eric (2023): Leiharbeit nach Wohnsitzregion und Geschlecht, WSI Monitor Arbeitsmarkt im Wandel, Ende Juni 2022; mit Daten der Bundesagentur für Arbeit
- Seils, Eric/Emmler, Helge (2020): Leiharbeit im regionalen Vergleich, Policy Brief WSI Nr. 35, 01/2020; mit Daten der Bundesagentur für Arbeit
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2023): Armutsgefährdungsquoten - Bundesländer nach soziodemografischen Merkmalen (Bundesmedian), mit Mikrozensusdaten, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2021-2023): Selbständige ohne Beschäftigte in Baden-Württemberg, Wiesbaden, mit Mikrozensusdaten
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2023): Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro in Baden-Württemberg 1993 bis 2022, Daten: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder und Statistisches Bundesamt, Stuttgart



DGB

Deutscher
Gewerkschaftsbund
Baden-Württemberg

BWGERECHT
jetzt

Hier geht es zum **DGB-Rentenreport
Baden-Württemberg 2024**

